

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19.08.2008

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:25 Uhr

Anwesenheit:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	17:05 Uhr bis 20:00 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Frau Isa Weiß	CDU	16:30 Uhr bis 19:10 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBürger	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	16:30 Uhr bis 20:20 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Rudenz Schramm	DIE LINKE.	entschuldigt
Herr Gottfried Koehn	SPD	Vertretung durch Frau Ewert
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung durch Frau Stark

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 17.06.2008
4. Vorlagen
 - 4.1. Benchmarkinguntersuchung der Bereiche Personalverwaltung und Bezügeverwaltung in ausgewählten Kommunen durch den Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: IV/2008/07349
 - 4.2. Feststellung Jahresabschluss 2007 der BIO-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07286
 - 4.3. Feststellung Jahresabschluss 2007 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07291
 - 4.4. Übertragung des Objektes Schafschwingelweg 13 als Kindertagesstätte an die SKV Kitag GmbH
Vorlage: IV/2008/07206
 - 4.5. Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt
Vorlage: IV/2008/07314
 - 4.6. Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale) - Berichterstattung zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale) per 30.06.2008
Vorlage: IV/2008/07379
 - 4.7. Personalentwicklungskonzept und Personalbedarfsplanung 2008-2017 (Fortschreibung)
Vorlage: IV/2008/07378
 - 4.8. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) für das Konservatorium "Georg Friedrich Händel"
Vorlage: IV/2008/07365
 - 4.9. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle vom 01.01. bis 29.12.2007
Vorlage: IV/2008/07387
 - 4.10. Entlastung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse 30.12. - 31.12.2007
Vorlage: IV/2008/07386
 - 4.11. Feststellung Jahresabschluss 2007 der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH
Vorlage: IV/2008/07359
 - 4.12. Feststellung Jahresabschluss 2007 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: IV/2008/07350
 - 4.13. Feststellung Jahresabschluss 2007 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: IV/2008/07358
 - 4.14. Antrag auf Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben für das Vorhaben "Kolumbarium Gertraudenfriedhof" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07345

5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der CDU-Fraktion zur Gremienbeteiligung beim Abschluss von Beraterverträgen
Vorlage: IV/2008/07242
 - 6.2. Antrag von Stadträtinnen und Stadträten des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09
Punkt 1.2. Befristeter Standortwechsel der Sekundarschule Zeitzer Straße
Vorlage: IV/2008/07332
7. Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
 - 8.1. Erfüllungsstand Verwaltungshaushalt per 31.05.2008
 - 8.2. Wirkung der Personalkostensteigerungen
9. Beantwortung von Anfragen
10. Anregungen

**zu 3 Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am
17.06.2008**

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 17.06.2008 wird genehmigt.

(16:40 Uhr - Frau Weiß kam in die Sitzung.)

zu 4 Vorlagen

**zu 4.1 Benchmarkinguntersuchung der Bereiche Personalverwaltung und
Bezügeverwaltung in ausgewählten Kommunen durch den
Landesrechnungshof des Landes Sachsen-Anhalt
Vorlage: IV/2008/07349**

Dieser Tagesordnungspunkt wurde gemeinsam mit den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses beraten.

Herr Geier führte in die Vorlage ein. Er betonte, dass sich die Stadt Halle (Saale) freiwillig an der Benchmarkinguntersuchung beteiligt habe. Im Ergebnis der Untersuchung sehe er eine Bestätigung, dass der durch die Verwaltung eingeschlagene Weg der Fachkonzepte richtig sei.

Die Diskussion dieses Tagesordnungspunktes wurde gemeinsam mit den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses geführt. Es beteiligten sich Frau Wolff, Herr Geuther, Frau Weiß, Herr Büchner, Herr Dr. Fuchs, Herr Geier und Herr Borries.

Die Fragen der Stadträtinnen und Stadträte wurden durch Herrn Borries beantwortet. Auf die Veränderungen bezüglich der Familienkasse wurde besonders eingegangen. Diesbezüglich müsse die weitere Entwicklung abgewartet werden. Er sagte eine Information über das Ergebnis zu gegebener Zeit zu.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Stellungnahme zum Bericht des Landesrechnungshofes über die Ergebnisse der Benchmarkinguntersuchung der Bereiche Personalverwaltung und Bezügeverwaltung in ausgewählten Kommunen vom 09.05.2008.

**zu 4.2 Feststellung Jahresabschluss 2007 der BIO-Zentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07286**

Auf Anfrage von Frau Weiß sagte Herr Geier zu, eine vorliegende Aufstellung der Vermietungen als Anlage der Niederschrift beizufügen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH vom 12.06.2008:

1. Der von der Geschäftsführung der Bio-Zentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2007 wird in der von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Euregio Südwest GmbH geprüften und am 14.05.2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt 194.113,33 €.

Die Bilanzsumme beträgt 14.138.160,35 €.

2. Der Jahresüberschuss von 194.113,33 € wird in eine Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt.

**zu 4.3 Feststellung Jahresabschluss 2007 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2008/07291**

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vom 12.06.2008:

1. Der vom Geschäftsführer der Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2007 wird in der von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Euregio Südwest GmbH geprüften und am 14.05.2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt 18.288,26 €.
Die Bilanzsumme beträgt 50.904.219,72 €.

2. Der Jahresfehlbetrag von 18.288,26 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2007 entlastet.

**zu 4.4 Übertragung des Objektes Schafschwingelweg 13 als Kindertagesstätte an die SKV Kita gGmbH
Vorlage: IV/2008/07206**

Herr Dr. Meerheim übergab die Sitzungsleitung an Frau Weiß und beteiligte sich nicht an der Beratung dieses Tagesordnungspunktes.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Frau Weiß, Herr Bönisch und Herr Dr. Marquardt.

Herr Dr. Marquardt erläuterte, dass der Ansatz im Haushaltsplan bestehen bleibe, weil die Einrichtung als Kindertagesstätte weiter genutzt werden solle. Eine Ausschreibung bezüglich der Eruierung anderer Interessenten wurde nicht durchgeführt. Im Hinblick auf den Zustand des Gebäudes bei der Übertragung des Erbbaurechtsvertrages wurden keine Aussagen getroffen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

(Herr Dr. Meerheim beteiligte sich nicht.)

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Übertragung der Kindertageseinrichtung Schafschwingelweg 13 an die SKV Kita gGmbH zum nächstmöglichen Zeitpunkt, als Ersatzobjekt für den Fischerring 23a/b.
2. Für die Objekte Fischerring23 a/b, Kita „Sonnenland“ und „Seepferdchen“, besteht daraufhin kein weiterer Bedarf zur Nutzung als Kindertageseinrichtung. Die hier bestehenden Erbbaurechtsverträge mit der SKV Kita gGmbH werden aufgehoben.
3. Zwischen der Stadt Halle (Saale) und der SKV Kita gGmbH wird ein Erbbaurechtsvertrag zum Betreiben der Kindertageseinrichtung im Schafschwingelweg 13 abgeschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Jährlichen Einnahmen aus der Verpachtung sinken um 2.569,18 €. Im selben Umfang sinkt der Betriebskostenzuschuss gemäß § 11 Abs. 4 KiFöG der Stadt an die SKV gGmbH

**zu 4.5 Außerdienststellung Friedhof Halle-Neustadt
Vorlage: IV/2008/07314**

Herr Misch dankte der Verwaltung ausdrücklich für die konstruktive Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe Friedhöfe.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des § 4 (1) der Friedhofssatzung der Stadt Halle (Saale) die Außerdienststellung des Friedhofes Halle-Neustadt zum 31.12.2008 und beauftragt die Oberbürgermeisterin, eine entsprechende Allgemeinverfügung öffentlich bekannt zu machen.

**zu 4.6 Haushaltskonsolidierung der Stadt Halle (Saale)
Berichterstattung zur Umsetzung der Haushaltskonsolidierung der Stadt
Halle (Saale) per 30.06.2008
Vorlage: IV/2008/07379**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Wolff, Herr Wolter, Frau Weiß, Herr Dr. Schmidt, Herr Misch, Frau Ewert, Herr Dr. Meerheim, Herr Geier und Frau Hock.

Zur Nachfrage der Untersetzung der Position 7 bis zum 30.09.2008 (vgl. Haushaltsgenehmigung des Landesverwaltungsamtes) führte Herr Geier aus, dass diesbezüglich verschiedene Aktivitäten laufen und der Stadtrat noch vor dem o. g. Termin informiert werde.

Zu den Veränderungen der Fachkonzepte erläuterte er, dass sich auch die Strukturänderungen erheblich auf die Fachkonzepte auswirken und diese angepasst werden müssen.

Der Bericht an das Landesverwaltungsamt sei eine Abrechnung über die tatsächlichen Anstrengungen und Ergebnisse der Bemühungen der Verwaltung.

Es wurde bezüglich der Hundesteuereinnahmen angeregt, vernünftige Erfahrungen anderer Städte zu erfragen und in der Stadt umzusetzen.

Zum EB ZGM wurde ausgeführt, dass der Zuschuss an den EB auf Null gesetzt wurde. Ein Haushaltskonsolidierungsbeitrag in Höhe von 300 T€ sei noch nicht untersetzt. Es werden weitere Möglichkeiten der Kompensation geprüft.

Zur Maßnahme HzE wurde bestätigt, dass diese im Jahr 2008 und 2009 nicht erbracht werden könne. Leider konnte noch keine Ersatzmaßnahme gefunden werden.

Ein Mitglied des Ausschusses führte aus, dass diese Ausfälle ein konkretes Risiko seien. Hinzu kämen weitere Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen. Welche Risiken bestehen für die Haushaltsbewirtschaftung 2008. Herr Geier verwies auf den Tagesordnungspunkt Mitteilungen.

Die Mitglieder äußerten, dass eine zusammengefasste Darstellung der realistischen Umsetzung wünschenswert wäre.

Herr Misch bat um eine Information über den Stand der Verhandlungen der Stadt mit der HWA gmbH zur Oberflächenentwässerung in einer der nächsten Sitzungen im nicht öffentlichen Teil.

Ergebnis:

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 4.7 Personalentwicklungskonzept und Personalbedarfsplanung 2008-2017
(Fortschreibung)
Vorlage: IV/2008/07378**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Bönisch, Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Schmidt, Frau Weiß, Frau Wolff, Herr Wolter, Herr Dr. Fuchs, Herr Geier und Frau Unger.

Herr Geier führte aus, dass die Basis für das Personalentwicklungskonzept (PEK) und die Personalbedarfsplanung der bestätigte Stellenplan sei. Durch das PEK sollen folgende Ziele erreicht werden: besondere Qualität und Effektivität der Verwaltung, Definition über die

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. August 2008 - öffentlicher Teil

Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Strategie der Entwicklung des Personals. Die Fülle der Projekte und Maßnahmen sei auf Seite 7 der Vorlage erkennbar.

Einige Mitglieder des Ausschusses lobten die Vorlage der Verwaltung. Sie werde schon seit Jahren durch den Stadtrat gefordert.

Auf Nachfrage der Ausschussmitglieder führte Frau Unger aus, dass insbesondere für Spezialisten keine Personalreserve bestehe. Die Verwaltung bemühe sich, z. B. durch das Gesundheitsmanagement, die bedarfsgerechte Ausbildung, die Belegung von A II Lehrgängen für den gehobenen Dienst und die Förderung von VWA-Absolventen, auf die fehlende Personalreserve zu reagieren.

Ein Mitglied führte aus, dass die Nutzung von modernen Personalführungselementen durch den Rat anerkannt und unterstützt werde. Im Gegenzug wird von den Amts- und Ressortleitern erwartet, dass diese moderne Verfahren anwenden.

Herr Bönisch fragte nach dem Zusammenhang des PEK mit der Haushaltsplanung und -konsolidierung. Wie passe die Vereinbarung der Absenkung der Arbeitszeit mit der fehlenden Personalreserve zusammen? Könne der Bedarf durch eine Stundenerhöhung wieder gedeckt werden? Der Personalkostenaufwuchs wurde nach dem Soll geplant. Wie ist das Soll definiert? Planungsleistungen werden in erheblichem Umfang nach außen vergeben. Andererseits sollen im Planungsbereich 22 offene Stellen seien. Warum werden diese nicht besetzt? Durch wen wurde die vorgestellte Präsentation erarbeitet?

Frau Unger führte aus, dass eine Anhebung der Arbeitszeit lt. Arbeitsvertrag möglich sei. Allerdings bestehe ein geringer Stundenspielraum. In den Fachkonzepten, die Grundlage für die Stundenabsenkungen gewesen seien, sei man davon ausgegangen, dass alle Stellen besetzt seien. Langzeitkranke wurden nicht betrachtet und eingeplant. Eine Kompensation erfolge zurzeit durch Transferpersonal. In der Vergangenheit wurden die Kosten für die Stellen nicht zu 100 % hinterlegt. Jetzt sind für alle Stellen die entsprechenden Kosten geplant. Für das Amt 61 wurden in jüngster Vergangenheit 5 - 6 externe Stellenausschreibungen durchgeführt, für die die Auswahlverfahren aktuell durchgeführt werden. Im Jahr 2008 konnte das Problem der globalen Minderausgabe zum Teil durch die Einsparungen auf Basis der Teilzeitoffensive kompensiert werden. Die KW-Stellen seien nicht mehr Bestandteil des Stellenplanes. In Bezug auf die offenen Stellen wies Frau Unger auf die Anlage 2 a, Seite 4 hin. Die Präsentation wurde durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes 11 erarbeitet, ohne externe Hilfe.

Frau Hock führte aufgrund einer Nachfrage aus, dass am Vergleich mit anderen ostdeutschen Großstädten weiter gearbeitet werde. Die Vergleiche bezüglich der Kernverwaltung seien schwierig, da der Zuschnitt der Verwaltungen sehr unterschiedlich sei. Zurzeit werde eine Untergliederung in Teilbereiche vorgenommen, um die Vergleichbarkeit herzustellen. Im November 2008 werde eine entsprechende Zuarbeit dem Ausschuss vorgelegt.

Frau Unger sagte aufgrund einer Bitte zu, bei der Präsentation der Personalkosten im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2009 einen besonderen Schwerpunkt auf die Ergebnisse der Teilzeitoffensive zu legen.

Herr Geier erläuterte, dass es zukünftig die Aufgabe der Verwaltung sei, auf den demografischen Wandel und den Bevölkerungsrückgang allgemein zu reagieren. Die Definition der Aufgaben über die Fachkonzepte müsse vor diesem Hintergrund überprüft und ggf. angepasst werden.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt das strategische Personalentwicklungskonzept (Teil I der Vorlage) für die Stadtverwaltung Halle (Saale).
2. Der Stadtrat nimmt die Fortschreibung Personalbedarfsplanung für den Zeitraum 2008 bis 2017 (Teil II der Vorlage) zur Kenntnis.
3. Mit der jährlichen Fortschreibung der Personalbedarfsplanung für den Prognosezeitraum von 10 Jahren ist der Stand der Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes vorzulegen.

**zu 4.8 Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) für das Konservatorium "Georg Friedrich Händel"
Vorlage: IV/2008/07365**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Misch, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter und Herr Dr. Marquardt.

Herr Dr. Marquardt führte aus, dass der Titel der Vorlage neu formuliert und die finanziellen Auswirkungen dargestellt wurden. Die Finanzierung sei nachhaltig gedeckt.

Herr Misch bat um Prüfung und schriftliche Beantwortung folgender Fragen:

- a) Welche Auswirkungen hat die Satzungsänderung?
- b) Gibt es Wartelisten allgemein oder für bestimmte Unterrichtszweige?
- c) Was muss veranlasst werden, um diese Wartelisten abzubauen (mehr Lehr- oder Honorarkräfte)?
- d) Welche finanziellen Auswirkungen hätte der Abbau der Wartelisten? (Gegenüberstellung der Einnahmen und der Ausgaben)
- e) Besteht ein Bildungsnachteil für eine oder mehrere Nutzergruppen?

Herr Dr. Marquardt sagte die Prüfung und Beantwortung zu. Es wurde festgelegt, den Bildungsausschuss zu bitten, die Zuarbeit in einer Fachausschusssitzung zu beraten und die schriftliche Zuarbeit den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zur Kenntnis zu übergeben, um dann zu entscheiden, ggf. eine Beratung im Finanzausschuss durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. August 2008 - öffentlicher Teil

Der Stadtrat beschließt die als Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) für das Konservatorium „G. F. Händel“.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH: 1.3330.1100

Mindereinnahmen im Haushaltsjahr 2008:

8.440 € durch Geschwister- und Zweifächerermäßigung, Schwerbehindertenermäßigung

Mindereinnahmen im Haushaltsjahr 2009:

19.968 € durch Geschwister- und Zweifächerermäßigung, Schwerbehindertenermäßigung

103.000 € durch Nichteinführung der zweiten Stufe der Gebührenerhöhung ab 01.01.2009

122.968 € (2009: 103 T€, 2010: 103 T€)

Kompensation erfolgt geschäftsintern als Einsparung im UA 1.4130 „Soziale Sicherung – Hilfen zur Gesundheit“.

**zu 4.9 Entlastung des Verwaltungsrates der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle vom 01.01. bis 29.12.2007
Vorlage: IV/2008/07387**

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

(Frau Weiß und Frau Ewert beteiligten sich nicht.)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle beschließt die Entlastung des Verwaltungsrates der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle vom 01.01. bis 29.12.2007.

**zu 4.10 Entlastung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse 30.12. - 31.12.2007
Vorlage: IV/2008/07386**

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

(Frau Weiß und Frau Ewert beteiligten sich nicht.)

Beschlussvorschlag:

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. August 2008 - öffentlicher Teil

Der Stadtrat der Stadt Halle beschließt die Entlastung des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für die Zeit vom 30.12. - 31.12.2007.

**zu 4.11 Feststellung Jahresabschluss 2007 der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH
Vorlage: IV/2008/07359**

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Verwaltungsgesellschaft für Versorgungs- und Verkehrsbetriebe der Stadt Halle (Saale) mbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 25. April 2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2007 mit
Bilanzsumme EUR 99.261.749,16
Bilanzgewinn EUR 5.405.537,04
wird festgestellt.
2. Der Bilanzgewinn aus dem Geschäftsjahr 2007 in Höhe von 5.405.537,04 EUR wird in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.
3. Der von der Geschäftsführung der VVV vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche GmbH geprüfte und am 16. Mai 2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Konzernabschluss des Geschäftsjahres 2007 mit
Bilanzsumme EUR 1.255.054.619,68
Konzern-Bilanzgewinn EUR 0,00
wird festgestellt.
4. Der Geschäftsführung, bestehend aus den Herren Wilfried Klose (Sprecher), Francois Girard und Egbert Geier wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.
5. Die Mitglieder des Aufsichtsrats werden für das Geschäftsjahr 2007 entlastet.

**zu 4.12 Feststellung Jahresabschluss 2007 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neusdtadt mbH
Vorlage: IV/2008/07350**

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. August 2008 - öffentlicher Teil

0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

(Herr Dr. Meerheim und Herr Misch beteiligten sich nicht.)

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2007 wird in der von der Deloitte, Deutsche Baurevision Aktiengesellschaft geprüften und am 11.04.2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt:	7.765.154,10 €
Die Bilanzsumme beträgt:	368.922.863,64 €

2. Nach vorgenommener Einstellung von 10 % des Jahresüberschusses in die satzungsmäßigen Rücklagen werden vom Bilanzgewinn 6.500.000,00 € an die Gesellschafterin ausgeschüttet.
3. Der verbleibende Bilanzgewinn in Höhe von 488.638,69 € wird als Gewinn auf das Geschäftsjahr 2008 vorgetragen.
4. Der Geschäftsführerin der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH, Frau Jana Kozyk, wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.
5. Dem Aufsichtsrat der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

**zu 4.13 Feststellung Jahresabschluss 2007 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: IV/2008/07358**

(17:05 Uhr - Herr Bönisch kam in die Sitzung.)

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

(Frau Ewert und Herr Dr. Meerheim beteiligten sich nicht.)

Beschlussvorschlag:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2007 wird in der von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft, Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 21. Mai 2008 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	10.341.277,39 €.
Die Bilanzsumme beträgt	569.910.302,75 €.

2. Nach Einstellung von 10% des Jahresüberschusses in die satzungsmäßige Rücklage werden vom Bilanzgewinn 6.272.956,46 € an die Gesellschafterin ausgeschüttet.
3. Aus den anderen Gewinnrücklagen wird ein Betrag in Höhe von 7.727.043,54 € entnommen und an die Gesellschafterin ausgeschüttet.
4. Der verbleibende Bilanzgewinn in Höhe von 3.034.193,19 € wird als Gewinnvortrag auf das Geschäftsjahr 2008 vorgetragen.
5. Dem Geschäftsführer der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH, Herrn Dr. Wahlen, wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH wird für das Geschäftsjahr 2007 Entlastung erteilt.

**zu 4.14 Antrag auf Genehmigung von außerplanmäßigen Ausgaben für das Vorhaben "Kolumbarium Gertraudenfriedhof" im Vermögenshaushalt für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: IV/2008/07345**

An der Diskussion beteiligten sich Frau Weiß, Herr Wolter, Herr Dr. Schmidt, Herr Bönisch, Frau Wolff und Herr Dr. Pohlack.

Einige Stadträte zeigten sich verwundert über die Form der Beantragung der Mittel für die Sanierung der Kolumbarien. Wenn seit mehreren Jahren ein schlechter Zustand zu erkennen sei, hätten planmäßige Mittel in den Haushalt der Stadt Halle (Saale) eingestellt werden müssen.

Herr Wolter stellte folgenden **Geschäftsordnungsantrag**:

Die Vorlage wird bis zur Beschlussfassung über die Schließung des Friedhofes Halle-Neustadt vertagt, da aus diesem Bereich die Deckungsmittel für die Sanierung der Kolumbarien angeboten werden.

Herr Bönisch stellte folgenden **Geschäftsordnungsantrag**:

Die Vorlage ist aus formalen Gründen nicht beschlussfähig, da die Kriterien für eine außerplanmäßige Ausgabe nicht gegeben sind.

Herr Dr. Pohlack erläuterte, dass in den Friedhof Halle-Neustadt auch in diesem Jahr keine Mittel mehr investiert werden, falls die Vorlage zur Schließung nicht beschlossen werden würde. Der dringende Investitionsbedarf für die Kolumbarien auf dem Gertraudenfriedhof sei bereits seit Jahren angemeldet, aber aufgrund der angespannten Haushaltslage immer wieder zurückgestellt worden. Jetzt sei ein baulicher Zustand erreicht, dass die Sicherheit

nicht mehr gewährleistet werden könne. Ein Zugang könne jedoch aus nachvollziehbaren Gründen nicht verwehrt werden. Es bestehen Vorverträge für die weitere Nutzung, so dass die späteren Einnahmen die Ausgaben abdecken. Es handelt sich somit um eine wirtschaftliche Maßnahme, die aufgrund der Verkehrssicherungspflicht unaufschiebbar sei. Wenn die Deckung der Ausgaben nicht durch den Friedhof Halle-Neustadt hätte angeboten werden können, hätte aufgrund der akuten Verschlechterung der Bausubstanz (mehrere herabstürzende Ziegel) ein überplanmäßiger Antrag gestellt werden müssen.

Herr Bönisch zog seinen Geschäftsordnungsantrag zurück.

Abstimmung des Geschäftsordnungsantrages von Herrn Wolter:

2 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis zur Vorlage:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt

1. die außerplanmäßige Ausgabe für das Vorhaben Kolumbarium Gertraudenfriedhof, Haushaltsstelle 2.7500.985100-029, Investitionszuschuss an ZGM – Bauleistungen in Höhe von 221.000 EUR.

Die Deckung erfolgt aus den Haushaltsstellen

2.7500.942000-012 Einfriedungen Südfriedhof, Umbau u. Verb.	17.600 EUR,
2.7500.952000-017 San. Wasserleitg. Südfriedhof, Umbau u. Verb.	34.000 EUR,
2.7500.959000-017 San. Wasserleitg. Südfriedhof, Planung	6.000 EUR,
2.7500.942000-029 Kolumbarium Gertr.-friedh., Umb. u. Verb.	30.000 EUR,
2.7500.985200-020 Geb. Friedhof Neust., Inv.-zusch. ZGM – Plang.	120.000 EUR,
2.7500.952000-005 Grabf. Urnenwahlst. Ammend., Umbau u. Verb.	13.400 EUR.

2. die außerplanmäßige Ausgabe für das Vorhaben Kolumbarium Gertraudenfriedhof, Haushaltsstelle 2.7500.985200-029, Investitionszuschuss an ZGM – Planung in Höhe von 15.000 EUR. Die Deckung erfolgt aus der Haushaltsstelle 2.7500.985200-020, Gebäude Friedhof Neustadt, Investitionszuschuss an ZGM – Planung.

<u>Finanzielle Auswirkung:</u>	Haushaltsstelle:	VermHH :
	2.7500.985100-029	221.000 EUR
	Deckung:	
	2.7500.942000-012	17.600 EUR
	2.7500.952000-017	34.000 EUR

2.7500.959000-017	6.000 EUR
2.7500.942000-029	30.000 EUR
2.7500.985100-020	120.000 EUR
2.7500.952000-005	13.400 EUR
2.7500.985200-029	15.000 EUR
2.7500.985200-020	15.000 EUR

zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung am 17. Juni 2008 wurde folgender Beschluss gefasst:

zu 3.3 Antrag auf befristete Niederschlagung der Kosten einer Ersatzvornahme
Vorlage: IV/2008/07186

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt, die Forderung in Höhe von 61.388,33 € befristet bis zum 01.08.09 nieder zu schlagen.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der CDU-Fraktion zur Gremienbeteiligung beim Abschluss von Beraterverträgen
Vorlage: IV/2008/07242

Ergebnis:

Herr Bönisch erklärte den Antrag als Vorsitzender der antragstellenden Fraktion als erledigt.

Der Beschlussvorschlag lautete:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltungsspitze wird beauftragt, Beraterverträge, die einen Betrag von 15 T€ überschreiten, den Gremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

zu 6.2 Antrag von Stadträtinnen und Stadträten des Bildungsausschusses zur Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung (MitSEPL-VO) in der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2004/05 bis 2008/09 - für das Schuljahr 2008/09
Punkt 1.2. Befristeter Standortwechsel der Sekundarschule Zeitzer Straße
Vorlage: IV/2008/07332

(19:10 Uhr - Frau Weiß verließ die Sitzung.)

Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 19. August 2008 - öffentlicher Teil

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Schmidt, Frau Wolff, Herr Dr. Meerheim, Herr Wöllenweber, Herr Dr. Marquardt und Herr Hildebrand.

Herr Dr. Marquardt führte aus, dass es im Süden der Stadt Halle (Saale) einen Sekundarschulstandort geben müsse. Herr Hildebrand ergänzte, dass der Stadtelternrat und der Schülerrat der vorgeschlagenen Verfahrensweise zugestimmt haben.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Beschluss des Stadtrates vom 27.02.2008 zur Vorlage Nr. IV/2007/06684 „Fortschreibung und Präzisierung des Beschlusses zur mittelfristigen Schulentwicklungsplanung“ wird zum Punkt 1.2 „befristeter Standortwechsel Sekundarschule Zeitzer Straße“ aufgehoben.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Standort Sekundarschule Zeitzer Straße dauerhaft zu schließen und das Grundstück zu vermarkten. Hierbei sind vorliegende Interessensbekundungen zu berücksichtigen.
3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, im Rahmen der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung ab dem Schuljahr 2008/2009 einen Standort für eine Sekundarschule im Bereich Silberhöhe/Ammendorf vorzuschlagen. (entweder den derzeitigen Standort dauerhaft oder einen Vorschlag für einen Schulneubau festzuschreiben bzw. den Rückzug in ein anderes saniertes Schulobjekt im Bereich Silberhöhe vorzuschlagen)

zu 7 Anfragen von Stadträten

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

zu 8 Mitteilungen

Herr Geier teilte auch in Bezug auf die Tagesordnungspunkte 4.6, 8.1 und 8.2 der heutigen Sitzung mit, dass sich bei der Prognose des städtischen Haushaltes zum Jahresende eine Verschlechterung abzeichne.

Verlaufsprognose des Verwaltungshaushaltes 2008

<u>Deckungslücke lt. Haushaltsplanung</u>	- 13,0 Mio. EUR
Zinshilfe/FAG-Anpassung des Landes	- 9,5 Mio. EUR
Tariferhöhungen für Personal (Kernverwaltung)	- 4,0 Mio. EUR
Kultur	- 1,5 Mio. EUR
Kita	- 2,8 Mio. EUR
Hilfen zur Erziehung (HzE)/Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)	- 2,0 Mio. EUR
Aktuelle Gewerbesteuer-Entwicklung	+ 2,0 Mio. EUR
Zusätzliche Gewinnabführung aus dem Stadtwerke-Konzern in die VVV	+ 1,0 Mio. EUR
Liquidität ZGM	+ 3,5 Mio. EUR

außerplanmäßige Deckungslücke (aus Entwicklungen im Haushaltsvollzug)

- 13,3 Mio. EUR

Als Gegenmaßnahme für diese Entwicklung wurden verschiedene Sofortmaßnahmen ergriffen, z. B. eingeschränkte externe Ausschreibungen, Überprüfung der Fachkonzepte unter Sicht der demografischen Entwicklung, Prozessabläufe und der Produktbildung, Prüfung der Hard- und Software, e-government, einheitliche Telefonnummer, Europäische Dienstleistungsrichtlinie, Aufgabenkritik und Standards. Zusätzlich wurden Einschränkungen der Bewirtschaftung der Haushaltsmittel veranlasst.

zu 8.1 Erfüllungsstand Verwaltungshaushalt per 31.05.2008

zu 8.2 Wirkung der Personalkostensteigerungen

zu 9 Beantwortung von Anfragen

Jahresrechnung

Herr Wolter mahnte an, dass er noch nicht die Jahresrechnung in elektronischer Form übersandt bekommen habe. Darum habe er in der vergangenen Sitzung gebeten. Herr Bönisch schloss sich der Bitte an.

Frau Gruß sagte eine Überprüfung zu.

Fahrradabstellplätze am Hansering

Herr Dr. Pohlack führte auf Nachfrage von Herrn Wolter aus, dass 30 Fahrradabstellplätze an Hansering eingerichtet werden.

zu 10 Anregungen

Parkplätze für Lehrer

Herr Bönisch regte an, dass Lehrer nach Möglichkeit weiterhin Parkplätze entgeltlich auf dem Schulgelände nutzen können. Diesen Einnahmen sollte sich die Stadt nicht entziehen. Über die Höhe des Entgeltes sollte entsprechend entschieden werden.

Gerichtsurteil Prüfrechte

Herr Wolter regte an, in der Sitzung im Oktober über ein Gerichtsurteil bezüglich der Prüfrechte und -pflichten (Hafen Magdeburg) zu beraten.

Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender des
Ausschusses

Egbert Geier
Beigeordneter
Finanzen und Personal

Martina Beßler
Protokollantin
Controllerin